

# E-Mail-Newsletter

## 29. Mai 2008

Liebe Mitglieder und Interessierte,

anbei erhalten Sie unseren neuesten Newsletter, heute mit den folgenden Themen:

### **1. Tagung/Plenum des Flüchtlingsrats B.-W. am 12. Juli 2007**

Das vorläufige Programm für unsere nächste Tagung im Gemeindehaus der Friedensgemeinde steht. Wir nehmen ab sofort Ihre Anmeldung entgegen.

### **2. Herbsttagung in Bad Boll vom 12.-14. September 2008: EU-Grenzen dicht für Flüchtlinge?**

Themen: Flüchtlingspolitik der EU, die Rechtslage an den EU-Grenzen, die Situation der Flüchtlinge diesseits und jenseits der EU-Grenze in Ost- und Südosteuropa, die Vernetzung der Flüchtlingsarbeit. Auch zu dieser Veranstaltung können Sie sich ab sofort anmelden.

### **3. Zahl der Asylbewerberleistungsempfänger weiter rückläufig**

Dies geht aus der Antwort der Bundesregierung auf eine Große Anfrage der Linksfraktion hervor.

### **4. Statistik: Geduldete bundesweit**

Zum 31. März 2008 waren im Ausländerzentralregister 126.676 Personen als geduldet und 21.267 Personen mit einer Aufenthaltsgestattung erfasst. Das schreibt die Bundesregierung in ihrer Antwort auf eine Kleine Anfrage der Linksfraktion.

### **5. Europa: EU-Staaten einigen sich auf verschärfte Abschieberegeln**

Die Botschafter der 27 Mitgliedsländer haben sich am 22. Mai in Brüssel auf einen Kompromiss zu einer "Rückführungs-Richtlinie" geeinigt, nach dem abgelehnte Asylbewerber bei Fluchtgefahr maximal 18 Monate lang inhaftiert werden dürfen.

### **6. Recht: Abschiebungsschutz nach § 60, 5 AufenthG für Christen aus dem Irak**

Im Falle eines Flüchtlings aus dem Irak, der seinen Asylantrag zurückgezogen hatte, hat das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge mit Bescheid vom 9.4.2008 - 5298781-436 - das Asylverfahren eingestellt, zugleich aber ein Abschiebungsverbot nach § 60 Abs. 5 AufenthG hinsichtlich des Irak festgestellt.

### **7. Materialien für die Interkulturelle Woche 2008**

Plakate, Flyer, Hefte & können jetzt bestellt werden.

### **8. Lesetipps**

### **9. Filmtipp**

### **10. Termine**

Mit herzlichem Gruß

Reiner Klass

### **1. Tagung/Plenum des Flüchtlingsrats B.-W. am 12. Juli 2007**

Die nächste Tagung des Flüchtlingsrats Baden-Württemberg wird am 12. Juli wie immer im Gemeindehaus

der Friedensgemeinde, Schubartstraße 14, stattfinden. Das [Programm](#) steht nun weitgehend fest: Vormittags werden Arbeitsgruppen zu Bleiberecht und Härtefallkommission, zu Widerrufverfahren und zur Einkommenssicherung für arbeitssuchende Flüchtlinge angeboten. In einer weiteren Arbeitsgruppe werden außerdem Ideen für das Jubiläumsprogramm "20 Jahre Flüchtlingsrat Baden-Württemberg" gesammelt. Am Nachmittag erläutert Norbert Trosien die Position von UNHCR zum Thema "Resettlement". Außerdem stellt Matthias Weinzierl, Bayerischer Flüchtlingsrat, die Kampagne "Save me - 850 Flüchtlinge für München" vor.

Ihre Anmeldung nehmen wir ab sofort gerne per Post, telefonisch, per [Mail](#) oder über unsere Website [www.fluechtlingsrat-bw.de](http://www.fluechtlingsrat-bw.de) entgegen.

## **2. Herbsttagung in Bad Boll: EU-Grenzen dicht für Flüchtlinge?**

Die Situation an den Außengrenzen im Osten und Südosten und der Zugang zu Asylverfahren. Das [Programm](#) für unsere Herbsttagung, die in diesem Jahr vom 12.-14. September und in Zusammenarbeit mit den Ev. Akademien Baden und Bad Boll sowie Pro Asyl stattfinden wird, liegt jetzt vor.

### **"Manche sterben auf dem Weg ins Paradies"**

In den vergangenen Jahren standen Fluchtbewegungen aus dem Süden nach Europa immer wieder im öffentlichen, politischen und medialen Interesse. Überladene oder gesunkene Schiffe mit vielen Opfern vor den Küsten Italiens, Spaniens und Griechenlands, immer höhere Zäune um die spanischen Enklaven in Nordafrika sind Symptome der Entwicklung.

Die Arbeitsweise der "Europäischen Agentur für die operative Zusammenarbeit an den Außengrenzen (FRONTEX)" der EU steht in der Kritik. Der griechischen Küstenwache wird von Menschenrechtsorganisationen vorgeworfen, Boote zu zerstören und Menschen hilflos im Meer zurückzulassen. Schwere Menschenrechtsverletzungen gegenüber Flüchtlingen werden in der Slowakischen Republik an der Grenze zur Ukraine festgestellt. "Flüchtlinge haben gar keine andere Möglichkeit als illegale Wege zu gehen. Alle legalen hat ihnen eine restriktive Gesetzgebung verbaut und zwar europaweit. Nicht die Menschenhändler sind das Problem, sondern die rigiden EU-Regeln, die eine legale Flucht aus den Krisengebieten unmöglich machen." (Frankfurter Rundschau vom 31.12.2007)

Bei dieser Tagung wollen wir die Flüchtlingspolitik der EU, die Rechtslage und Rechtspraxis an den EU-Grenzen und exemplarisch die Situation für Flüchtlinge diesseits und jenseits der EU-Grenze in Ost- und Südosteuropa sowie die Vernetzung der Flüchtlingsarbeit betrachten. Dabei werden anwesende Flüchtlinge ihre Erfahrungen mit einbringen.

Hierzu laden wir Sie herzlich nach Bad Boll ein. Tagungssprachen sind Englisch und Deutsch (Simultanübersetzung im Plenum).

Dr. Manfred Budzinski, Ulrike Duchrow, Karl Kopp, Annette Stepputat

Ab sofort können Sie sich zu dieser Tagung anmelden! Die Anmeldung ist auch [online](#) möglich!

## **3. Zahl der Asylbewerberleistungsempfänger weiter rückläufig**

Die Zahl der Empfänger von Asylbewerberleistungen ist auch im Jahr 2007 weiter zurückgegangen. Es habe insgesamt 30.303 Asylanträge gegeben, davon 19.164 Erst- und 11.139 Folgeanträge, schreibt die Bundesregierung in ihrer Antwort ([16/9018](#)) auf eine Große Anfrage der Linksfraktion ([16/7213](#)). Weiter heißt es, seit 1994 sei die Zahl der Leistungsempfänger in den alten Bundesländern stark gesunken. In den neuen Ländern sei der Rückgang dagegen eher gering gewesen, da dort zunächst ohnehin vergleichsweise wenige Asylbewerber aufgenommen worden seien. Die niedrigsten Aufnahmequoten (Leistungsempfänger pro 1.000 Einwohner) habe es Ende 2006 in Bayern (ein Prozent) und Baden-Württemberg (1,5 Prozent) gegeben. Die höchsten Quoten verzeichneten den Angaben zufolge die Stadtstaaten: Berlin mit 3,9, Hamburg mit 5,7 und Bremen mit 6,2 Prozent.

Die Regierung führt weiter aus, derzeit bestehe nicht die Absicht, eine neue Verordnung mit einer etwaigen

Anpassung der Beträge nach dem Asylbewerberleistungsgesetz vorzulegen. Sie weist darauf hin, dass die Angemessenheit der Leistungen "losgelöst von der Debatte um die Angemessenheit" der Regelsätze etwa beim Arbeitslosengeld II gesehen werde. Entsprechend der Grundkonzeption des Asylbewerberleistungsgesetzes erfolge die Leistungsgewährung in Form von Sachleistungen. Dadurch hätten Preissteigerungen "nicht die Auswirkungen auf die Deckung des notwendigen Bedarfs", wie dies der Fall beim Arbeitslosengeld II sein könne.

#### **4. Statistik: Geduldete bundesweit**

Zum 31. März 2008 waren im Ausländerzentralregister 126.676 Personen als geduldet und 21.267 Personen mit einer Aufenthaltsgestattung erfasst. Das schreibt die Bundesregierung in der Antwort ([16/8998](#)) auf eine Kleine Anfrage der Linksfraktion ([16/8803](#)). Von den geduldeten Personen hätten 64.698 eine Aufenthaltsdauer von mindestens sechs Jahren und 43.970 Personen einen mindestens achtjährigen Aufenthalt in Deutschland gehabt. Die meisten dieser Personen stammten aus Serbien und dem ehemaligen Jugoslawien (32.499). Unter den Personen mit Aufenthaltsgestattung seien 1.832 mindestens sechs Jahre im Land und 764 mindestens acht Jahre. Die meisten dieser Personen stammten aus dem Irak (4.304).

#### **5. Europa: EU-Staaten einigen sich auf verschärfte Abschieberegeln**

Die Botschafter der 27 Mitgliedsländer haben sich am 22. Mai in Brüssel auf einen Kompromiss zu einer "Rückführungs-Richtlinie" geeinigt, die Dauer und Bedingungen der Abschiebehaft für die Mitgliedstaaten verbindlich regeln soll und nach der abgelehnte Asylbewerber bei Fluchtgefahr maximal 18 Monate lang inhaftiert werden dürfen. Endgültig beschlossen werden soll die Richtlinie in Kürze.

Flüchtlingsorganisationen fordern in diesem Zusammenhang dazu auf, bei den EU-Parlamentariern gegen die Richtlinie und insbesondere die vorgesehene Dauer der Abschiebehaft von bis zu 18 Monaten zu protestieren:

Unter <http://www.europarl.europa.eu/default.htm?language=DE> finden sich die Adressen sämtlicher EU-Abgeordneter. Zuständig für die Abschiebungs-Richtlinie dürften in erster Linie die Abgeordneten des Ausschusses für Bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres sein, ein Thema ist das sicher auch für den Unterausschuß Menschenrechte.

Die Frankfurter Rundschau schreibt hierzu in ihrer Ausgabe vom 24. Mai:

#### **"Festung Europa wird Gefängnis**

#### **Asyl-Helfer alarmiert über neue EU-Richtlinien zur Einwanderung**

VON WOLFGANG HEININGER

Das Vorhaben der EU, illegal Eingewanderte bis zu eineinhalb Jahren in Gewahrsam zu nehmen, stößt bei Menschenrechtsgruppen auf scharfe Kritik. So verweist der Flüchtlingsexperte von Amnesty International (AI), Wolfgang Grenz, darauf, dass die neuen Richtlinien im europäischen Parlament einen Sturm der Entrüstung ausgelöst hätten. Grenz nannte die Pläne, Menschen bis zu 18 Monate in Abschiebehaft zu nehmen, "unverhältnismäßig". Es bestehe die Gefahr, dass diese Fristen von den Behörden regelrecht "ausgenutzt" würden, sagte er der FR.

Als Verstoß gegen die internationale Kinderrechtskonvention wertet Grenz zudem, dass nach der Neuregelung auch Minderjährige inhaftiert werden könnten. Auch sei es "unzumutbar", die illegal Eingewanderten in normalen Gefängnissen wegzusperren. Die Immigranten hätten schließlich keine Verbrechen begangen. Zudem sehe die Regelung nach der Abschiebung ein Wiedereinreiseverbot auf Dauer vor, selbst bei Verfolgungsgefahr. Dies sei ein "grober Verstoß gegen das Flüchtlingsrecht".

Ähnlich beurteilt Karl Kopp die Einigung, Europareferent von Pro Asyl und deutscher Sprecher der europäischen Dachorganisation der Flüchtlingsorganisationen ECRE. Er spricht von einer "Katastrophe" für den Fall, dass die Neuregelung umgesetzt werden sollte. Schon jetzt gebe es eine "exzessive Auslegung der Asylgesetze". Die Pläne seien "nicht akzeptabel. Da wird ein fataler Standard gesetzt und elementar gegen die Menschenrechte verstoßen".

Die EU-Botschafter hatten sich am Donnerstag auf eine einheitliche Linie verständigt. Bislang haben die Staaten noch unterschiedliche Regelungen. So gelten etwa in Spanien 40 Tage Haft als längstmögliche Zeitspanne, in Ungarn dagegen bis zu einem Jahr. Im Juni soll das EU-Parlament über die Neuregelung abstimmen. Nach Ansicht von Beobachtern gilt es als mehr als ungewiss, ob sich eine Mehrheit der Abgeordneten für die jetzigen Vorschläge findet.

Die EU-Kommission geht davon aus, dass sich derzeit bis zu acht Millionen Menschen ohne Erlaubnis in den 27 Mitgliedsstaaten aufhalten. Mehr als 200 000 wurden im vergangenen Jahr festgenommen."

## **6. Recht: Abschiebungsschutz nach § 60, 5 AufenthG für Christen aus dem Irak**

Im Falle eines Flüchtlings aus dem Irak, der seinen Asylantrag zurückgezogen hatte, hat das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge mit Bescheid vom 9.4.2008 - 5298781-436 - das Asylverfahren eingestellt, zugleich aber ein Abschiebungsverbot nach § 60 Abs. 5 AufenthG hinsichtlich des Irak festgestellt.

Zur Begründung heißt es unter anderem: "Eine Abschiebung ist gemäß § 60 Abs. 5 AufenthG unzulässig, wenn sich dies aus der Anwendung der Konvention vom 4. November 1950 zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten (EMRK) ergibt.

Die umschriebenen Gefahren im Sinne von § 60 Abs. 5 AufenthG können nach der Rechtsprechung des BVerwG (insoweit übertragbar: BVerwGE 104, 265) vom Staat, Parteien oder Organisationen, die den Staat oder einen wesentlichen Teil des Staatsgebiets beherrschen, und hinsichtlich § 60 Abs. 2 und 3 AufenthG auch von nichtstaatlichen Akteuren ausgehen, sofern kein ausreichender staatlicher oder quasistaatlicher Schutz zur Verfügung steht.

Nach den hier vorliegenden Erkenntnissen und aus dem Sachvortrag des Antragstellers während der Anhörung vor dem Bundesamt ergibt sich, dass er bei einer Rückkehr in den Irak einer Verfolgung durch nichtstaatliche Akteure ausgesetzt sein würde und ihm mit hinreichender Wahrscheinlichkeit kein ausreichender staatlicher bzw. quasistaatlicher Schutz zur Verfügung steht. Dies deshalb, da es sich bei dem Antragsteller um einen Christen handelt, der durch die Tatsache, dass er Kindern und Jugendlichen Religionsunterricht gegeben hat, noch über das übliche Maß hinaus auf Grund dieser hervorgehobenen Position einer Bedrohung ausgesetzt sein würde."

## **7. Materialien für die Interkulturelle Woche 2008**

Die Interkulturelle Woche 2008 beginnt am 28. September und endet am 4. Oktober. Im Rahmen der Interkulturellen Woche findet in diesem Jahr der "Tag des Flüchtlings" am 3. Oktober statt.

Der Ökumenische Vorbereitungsausschuss unterstützt die Akteure der "Woche" mit verschiedenen Materialien, die zur inhaltlichen Orientierung sowie zur Verbreitung während der Interkulturellen Woche angeboten werden: das Materialheft, das [Plakat](#) sowie [Postkarten](#) mit verschiedenen Motiven. Diese können ab sofort bestellt werden. Weitere Informationen und Bestellmöglichkeit unter [www.interkulturellewoche.de](http://www.interkulturellewoche.de).

## **8. Lesetipps**

### **"Leben in der Illegalität - ein Dossier"**

Menschen ohne legalen Aufenthaltsstatus gibt es überall - auch bei uns in Deutschland. Über ihre Zahl lässt sich nur spekulieren. Viele von ihnen sind Flüchtlinge; aber die meisten Menschen haben einfach nur auf die eine oder andere Weise ihre Aufenthaltsgenehmigung verloren. Das Abdriften in die Illegalität ist weitgehend ein Resultat der Abschottungspolitik der EU-Staaten und ungelöster politischer Probleme. Das Dossier "Leben in der Illegalität" gibt Einblicke in die prekären und zum Teil menschenunwürdigen Lebensverhältnisse illegalisierter Migrantinnen und Migranten, zeigt aber auch Formen ihrer Selbstorganisation und die vielfältige Arbeit kirchlicher, gewerkschaftlicher und anderer Organisationen, die sich für sie stark machen und politische Lösungen suchen.

**Mit Beiträgen u. a. von Elias Bierdel, Helen Schwenken, Robyn Rodriguez, Weihbischof Josef Voß, Christa Goetsch und Antje Möller.**

Schriften zur Demokratie - Band 5: Leben in der Illegalität

Ein Dossier

Herausgegeben von der Heinrich-Böll-Stiftung in Zusammenarbeit mit den Flüchtlingsräten Hessen und Niedersachsen

Berlin, April 2008, 92 Seiten

ISBN 978-3-927760-80-6

Die Publikation kann kostenlos bei der

Heinrich-Böll-Stiftung

Schumannstr. 8, 10117 Berlin

Fon 030-285340

bestellt oder auf der Website der Heinrich-Böll-Stiftung [heruntergeladen](#) werden.

**Newsletter Asyl, Ausgabe Mai 2006**

In unserem aktuellen [Newsletter](#) haben wir den Text "'Klimaflüchtlinge' - Klimawandel als Ursache von Flucht und Migration" den Karin Boschert auf unserer letzten Tagung in Stuttgart vorgetragen hat, abgedruckt. Neben einem Rückblick auf unsere letzte Tagung finden sich darin außerdem aktuelle Informationen u. a. zu den Themen Bleiberecht, EU-Drittstaatenregelung, aktuelle AsylbewerberInnenzahlen sowie einen Zeitungsartikel zur Kritik an Griechenland im Umgang mit Flüchtlingen. Darüber hinaus enthält er einige interessante Veranstaltungsankündigungen.

**Pro Asyl-Broschüre "Flüchtlinge im Verschiebebahnhof EU"**

Die EU-Zuständigkeitsverordnung "Dublin II"

Flüchtlinge sind in der Europäischen Union nicht willkommen. Mit dem Argument der Bekämpfung der 'illegalen Migration' werden die Zäune um Europa immer höher gezogen. Die Menschen, die nach Europa fliehen, werden als Illegale diffamiert und bekämpft. Die Flüchtlingsabwehr soll mit der Europäischen Grenzschutzagentur FRONTEX perfektioniert werden.

In der [Broschüre](#) werden die Folgen des 'Europäischen Verschiebebahnhofs Dublin II' erläutert, Hintergründe und praktische Probleme des Dublin-Systems dargestellt sowie eine Einführung in den rechtlichen Rahmen der Dublin II-Verordnung gegeben.

Unseren Mitgliedern und AbonnentInnen haben wir den Newsletter und die Dublin II-Broschüre bereits vor Kurzem per Post zugestellt. Weitere Einzel Exemplare beider Publikationen können in der Geschäftsstelle des Flüchtlingsrates angefordert werden.

**9. Filmtipp****"Die Geduldeten"**

Der Film "Die Geduldeten", in dem UMF- Unbegleitete minderjährige Flüchtlinge aus dem Kölner und Düsseldorfer Raum mitwirkten, wird bei Arte am 31.05 um 18.00 Uhr ausgestrahlt. Das ist der Termin für die kurze (52 Minuten) Fassung. Die lange Fassung läuft am 20.11.2008 um 23.15 im WDR Fernsehen.

Der Film dokumentiert beginnend mit der Ankunft in Deutschland zwei Jahre lang die weitere Entwicklung der Kinder.

**11. Termine**

**Plenen des Flüchtlingsrats B.-W. in Stuttgart, Friedengemeindehaus:**

12.07.2008 - Programm/Infos siehe unter 1.

08.11.2008 - mit Jubiläum "20 Jahre Flüchtlingsrat/Arbeitskreis Asyl Baden-Württemberg"

### **Herbsttagung Bad Boll**

**12.-14.09.2008: EU-Grenzen dicht für Flüchtlinge?** - Die Situation an den Außengrenzen im Osten und Südosten und der Zugang zu Asylverfahren. Programm/Infos siehe unter 2.

### **Sonstige Termine:**

**17.05.-22.06.08: Freiburg: Aktionsmonat "Zusammen die Utopie leben":** Verschiedene politisch, sozial und ökologisch engagierte Gruppen und Einzelpersonen werden vom 17. Mai bis zum 22. Juni ihre Utopien frei ausleben. Aktionen unterschiedlichster Art sind geplant: von Ausstellungen und Kunstprojekten über Demonstrationen und Podiumsdiskussionen bis hin zu Konzerten und Straßentheater. Dabei dient die gesamte Stadt als Aktionsraum. Habt auch ihr Utopien, die gelebt werden wollen? Mehr Informationen zum Aktionsmonat und Termine für die nächsten Vorbereitungstreffen unter: [www.utopie-leben.de](http://www.utopie-leben.de).

**31.05.2008, 18 Uhr, Stuttgart, Haus der Internat. Begegnung, Landhausstr. 62: Benefizkonzert von Simona Ciubotaru** für Opfer sexueller Gewalt, die in der PBV Stuttgart psychologische Hilfe finden

**15.06.2008, 11-17 Uhr : Villingen-Schwenningen: 10 Jahre Refugio VS,** Festakt, Podiumsgespräch, Kulturprogramm, Musik, Buffet. Weitere Infos: [www.refugio-vs.de](http://www.refugio-vs.de).

### **Termine/Tagungen in anderen Bundesländern:**

**23.-24.06.2008: Berliner Symposium zum Flüchtlingsschutz,** u. a. mit Schwerpunktthema "Resettlement". Darüber hinaus soll es zum 60. Jahrestag der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte und anlässlich des Weltflüchtlingstages dieses Jahr um den Stand der Entwicklung des Flüchtlingsschutzes auf europäischer Ebene gehen. [Weitere Infos und Programm.](#)

**30.06.-1.07.2008: Berlin: Festung Europa: 70 Jahre nach Evian - Menschenrechte und Schutz von Flüchtlingen.** Das Zentrum für Antisemitismusforschung der TU führt vom 30.6. bis 1.7.2008 gemeinsam mit Pro Asyl e.V. und dem Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe im Deutschen Bundestag sowie weiteren Kooperationspartnern eine Konferenz durch, mit der zum einen an die gescheiterte Flüchtlingskonferenz von Evian erinnert werden soll, die 1938 auf Initiative der USA stattfand, um Zufluchtsmöglichkeiten für die deutschen Juden zu verhandeln, und auf fatale Weise ergebnislos blieb, zum anderen sowohl die Öffentlichkeit als auch die Politik auf die aktuellen Misstände der europäischen Flüchtlingspolitik aufmerksam gemacht werden sollen. Einen Schwerpunkt der Konferenz bildet die Auseinandersetzung mit der spezifischen Problematik unbegleiteter minderjähriger Flüchtlinge. Junge Flüchtlinge, die heute in Deutschland leben und ehemalige Kinderflüchtlinge, die auf der Flucht vor nationalsozialistischer Verfolgung ihre Heimat verlassen mussten, sind eingeladen, um über ihre Erfahrungen zu berichten. [Weitere Infos und Programm.](#)

20.06.2008: Internationaler Tag des Flüchtlings

26.06.2008: Tag zur Unterstützung der Folteropfer

28.09.-4.10.2008: Interkulturelle Woche

03.10.2008: Tag des Flüchtlings

10.12.2008: Tag der Menschenrechte